Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Bruchsaler Post. 1950-1953
1951

155 (7.7.1951)

Visual Library

BRUCHSALER POST

SÜDD. HEIMATZEITUNG FÜR KRAICHGAU UND BRUHRAIN

Nummer 155 | Samstag, den 7. Juli 1951 | Einzelpreis 20 Pfennig

Die Saar hat im Europa-Rat nichts zu suchen

Frankreichs Saarpolitik „von Grund auf falsch" — Dr. Adenauer kündigt baldige Lösung an

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte vor dem Bundestag, für eine Mitgliedschaft der Saar im Europa-Rat bestehe keinerlei Voraussetzung. Gleichzeitig kündigte er deutsch-alliierte Verhandlungen über das Saar-Problem und Schritte der Bundesregierung beim Ministerkomitee des Europa-Rates an.

Der Kanzler antwortete mit diesen Erklärungen auf eine scharfe Kritik des zweiten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, an der angeblichen Passivität der Bundesregierung in der Saarfrage. Dieser stellte namens seiner Partei den Antrag, die Saar künftig als Teil Deutschlands anzusehen und der de-facto-Anerkennung ihrer Abtrennung ein Ende zu machen. Ollenhauer wiederholte ferner eine alte sozialdemokratische Forderung, die Saarfrage sollte in direkten deutsch-französischen Verhandlungen geklärt werden. Es müsse und könne eine Verständigung zwischen Bonn und Paris über die Saar geben. Ein deutsch-französischer Freundschaftspakt sei denkbar.

Der SPD-Sprecher kritisierte scharf die „Politik des Stillhaltens" der Bundesregierung und verwies auf französische Bestrebungen, an der Saar ein autonomes Regime zu schaffen. Der Briefwechsel Adenauer-Schuman über die Rolle der Saar in der Montanunion sei hinsichtlich der Vertretung der saarländischen Interessen durch Frankreich ohne jede praktische Bedeutung. Ein deutsches Parlament werde keinen Vertrag billigen, durch den ein Teil Deutschlands losgelöst werde. Das gegenwärtige Schweigen der Bundesregierung sei unerträglich. Es sei ihre Pflicht, vom Europa-Rat eine Untersuchung zu verlangen, ob überhaupt noch die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft der Saar im Straßburger Rat gegeben sind.

Der CSU-Abgeordnete Strauß kritisierte eine Rede des französischen Hochkommissars an der Saar, Jean Gilbert Grandval, in der dieser behauptet haben soll, die Deutschen hätten vergessen, daß sie einen Krieg verloren haben. Die CSU verlangte in einem Antrag, die Bundesregierung solle feststellen, ob Grandval damit die offizielle Ansicht der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht habe.

Demgegenüber erklärte der Bundeskanzler, er habe keine Veranlassung, sich mit Herrn Grandval auseinanderzusetzen. „Ich werde über die Saarfrage mit anderen Stellen zu unterhandeln haben, die für das Schicksal der Saar zuständig sind, das sind Frankreich, England und die Vereinigten Staaten." In diesem Zusammenhang wiederholte der Bundeskanzler seine Ankündigung, die Bundesregierung werde die Saarfrage auf der nächsten Sitzung des Ministerrates im Europa-Rat zur Sprache bringen. Es könne also gar keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung in der Saarfrage passiv sei. Man dürfe auch nicht vergessen, daß sie in einer Note an die Alliierten um die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse an der Saar ersucht habe. Eine Antwort sei allerdings noch nicht eingetroffen. Die französische Saarpolitik — so betonte der Kanzler — sei „von Grund auf falsch". Die Bundesregierung habe auch die Vertretung der Saar im Schumanplan durch Frankreich nicht anerkannt. „Ich bin auch der Auffassung, daß überhaupt keine Voraussetzungen für die Teilnahme der Saar im Europa-Rat in irgendwelcher Form gegeben sind." Er sei jedoch der Überzeugung, daß „wir die ganze Saarfrage — und in gar nicht zu langer Zeit — gelöst sehen werden, so wie wir es wünschen."

Der SPD-Antrag wurde mit dem Antrag der CSU an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Im Anschluß an die Saardebatte des Bundestages empfing der Bundeskanzler die beiden leitenden Männer der verbotenen Demokratischen Partei des Saarlandes (DPS), Richard Becker und Karl Hillenbrand. In Gegenwart des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, erörterte er mit ihnen das Saarproblem.

Amerikanischer Kommentar zur Saardebatte

Zuständige Stellen der amerikanischen Hohen Kommission unterstrichen im Zusammenhang mit der Saardebatte, daß die USA den gegenwärtigen Status des Saargebietes lediglich als eine „vorläufige Regelung" ansähen. Die USA stünden weiter zu ihren im Jahre 1948 mit Frankreich und Großbritannien getroffenen Abmachungen und seien nicht gewillt, der Rückgabe des Saargebietes an die Bundesrepublik oder einer definitiven Abtrennung des Landes von Deutschland vor einem Friedensvertrag zuzustimmen. Sie würden sich aber mit jeder Regelung einverstanden erklären, die sowohl von Frankreich als auch von Deutschland gutgeheißen werde. Die gleichen Stellen wiesen darauf hin, es sei nicht wahrscheinlich, daß bei den Friedensverhandlungen amerikanischerseits für eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Sonderstatus der Saar plädiert werde.

McCloy drängt auf schnelle Klärung

Es kommt aber auf Paris an — Besprechung mit Fraktionsführern und Schumacher

Bonn (UP). Hochkommissar McCloy dränge auf eine schnelle Klärung aller mit dem Problem einer deutschen Wiederbewaffnung verbundenen Fragen, doch sei mit einem endgültigen Entscheid hierüber kaum vor Ende dieses Jahres zu rechnen. In dieser Bemerkung eines deutschen Regierungsbeamten läßt sich der Sinn der Besprechungen zusammenfassen, die McCloy seit seiner Rückkehr aus Washington mit führenden deutschen und alliierten Politikern abhielt.

Zunächst traf sich McCloy mit den Hochkommissaren Frankreichs und Großbritanniens sowie mit Dr. Adenauer. Unterredungen mit den Vorsitzenden Regierungsfraktionen im Bundestag und dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Dr. Schumacher schlossen sich an. McCloys Erklärungen in diesen Konferenzen lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Deutscher Verteidigungsbeitrag „so schnell wie möglich". 2. Keine Verzögerung bis 1953. 3. Berücksichtigung der Pariser Beratungen. 4. Fortsetzung der deutsch-alliierten Sachverständigenverhandlungen.

Hervorragend unterrichtete deutsche Regierungskreise sind auf Grund der Aussprache McCloy-Adenauer zu der Auffassung gelangt, daß McCloy lediglich eine schnelle Klärung aller Probleme erstrebt, aber einen endgültigen Entscheid nicht übers Knie brechen will. Die Klärung dürfte — unter Berücksichtigung der Pariser Verhandlungen — bis zum Spätherbst dieses Jahres herbeigeführt sein.

Die Pariser Pleven-Plan-Konferenz soll am 10. Juli einen Zwischenbericht über das bisherige Beratungsergebnis vorlegen, wenn die deutsche Delegation bis dahin ihre Vorlagen fertiggestellt hat. Im Gegensatz zu den Bonner Verhandlungen deutsch-alliierter Militärsachverständiger sind die wichtigsten Verhandlungspunkte in Paris nach wie vor ungeklärt. Die Bonner Experten werden ihre Arbeiten vermutlich nicht fortsetzen.

Von der Aufnahme des genannten Zwischenberichts bei den beteiligten Regierungen hängt nach Ansicht Bonner Politiker viel für das Tempo einer deutschen Wiederbewaffnung ab. In dem Bericht wird zum Ausdruck kommen, daß vor allem hinsichtlich der Größe der deutschen Einheiten in einer Europa-Armee noch keine Einigung erzielt werden konnte. Bonn fordert Gleichberechtigung, Paris will Beschränkung.

Japans Friedensvertrag wird in der ersten Woche des September in San Franzisko unterzeichnet, erklärten Beamte des US-Außenministeriums.

Schwere Strafen für Staatsfeinde

Das „Blitzgesetz" zum Schutz der Verfassung

Bonn (UP). Empfindliche Strafen für Verfassungsfeinde, Hoch- und Landesverräter sieht das vom Rechtsausschuß des Bundestages jetzt fertiggestellte „Blitzgesetz" zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung vor, das dem Bundestag zugeleitet wurde.

Auf lebenslängliches Zuchthaus kann für den Versuch erkannt werden, die verfassungsmäßige Ordnung mit Gewalt zu ändern oder das Bundesgebiet oder einen seiner Landesteile loszureißen und einem fremden Staate einzuverleiben. Ein hochverräterisches Unternehmen gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Bundesgebiet wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, ein Anschlag auf das Leben des Bundespräsidenten gleichfalls mit Zuchthaus bestraft.

Der Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen mit dem Ziel einer Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik oder einer Beseitigung der Verfassungsgrundsätze wird als Verfassungsverrat mit Zuchthaus bestraft.

Gefängnisstrafen sind für den Versuch vorgesehen, die öffentlichen Verkehrs- und Nachrichtenmittel (Post, Eisenbahn) oder die öffentlichen Versorgungsbetriebe aus umstürzlerischen Absichten lahmzulegen. Die Gründung einer gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Vereinigung kann mit Gefängnis bestraft werden.

Hohe Strafen stehen ferner auf der Verunglimpfung des Bundespräsidenten, der Bundes- und Länderfarben, der Bundesrepublik, der Bundeshymne, der Abgeordneten des Bundestages und der Landtage oder der Bundes- und Landesminister.

Zum Schutze von Versammlungen soll bestimmt werden, daß alle Teilnehmer verpflichtet sind, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Anweisungen des Versammlungsleiters oder der von ihm bestellten Ordner zu befolgen. Wer aus der Versammlung ausgeschlossen wird, hat sie sofort zu verlassen. Wer Widerstand leistet oder fortfährt, den Ablauf einer öffentlichen Versammlung zu stören, wird mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 DM bestraft, in schweren Fällen mit Gefängnis bis zu einem Jahr. Die Abhaltung einer Versammlung kann nur im Einzelfall verboten werden, wenn die Veranstalter sie zu einem Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung benutzen wollen. Während bestimmte Personen oder Personenkreise von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden können, ist es nicht statthaft, Pressevertreter fernzuhalten.

Zahl der Toten noch unbekannt

Die Schiffskatastrophe auf der Spree — Suche geht weiter

Berlin (UP). Ganz Deutschland und besonders die Bevölkerung Berlins stehen unter dem erschütternden Eindruck der Brandkatastrophe auf dem Spreeschiff „Heimatland". Die genaue Zahl der Todesopfer und der Verletzten konnte noch nicht ermittelt werden, da die offiziellen Angaben des Ostberliner Magistrats und die Aussagen von Volkspolizisten, Bergungstrupps und anderen Augenzeugen stark voneinander abweichen. Der Magistrat gab gestern 27 Tote an. Schon am Tage vorher aber hatte das gerichtsmedizinische Institut im Sowjetsektor mitgeteilt, 45 Leichen von Verbrannten und Ertrunkenen aufgenommen zu haben. Wenigstens 40 Kinder liegen mit zum Teil lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus, nachdem 15 inzwischen nach Hause entlassen werden konnten.

Polizeiboote setzten mit Netzen die Suche in der Spree fort. Gegenüber den Vorwürfen, die in der Bevölkerung zum Verhalten der Volkspolizei und der Verwaltungsstellen kurz nach dem Unglück laut wurden, versuchte der Ostmagistrat, sich zu rechtfertigen und die Polizei, sowie zwei Krankenhäuser in Westberlin für die mangelnde Hilfe mit verantwortlich zu machen. Die Polizei hat aber kurz nach dem Unglück ihre Hilfe vergebens angeboten und die Krankenhäuser warteten vergeblich auf die Einlieferung der Verletzten. Die „Heimatland" wird mit besonderer Betonung als „privates Eigentum" bezeichnet. Ermittlungen von UP ergaben jedoch, daß das Schiff in „volkseigener Regie" der Deutschen Schiffahrts- und Umschlagsgesellschaft der Sowjetzone verkehrt, die es als Vertragsschiff fahren ließ. Entsprechend dem Vertrag wäre die DSU verpflichtet gewesen, nach dem mit ihrer Einwilligung erfolgten Umbau von Diesel- auf Benzinbetrieb das Schiff durch Sachverständige abnehmen zu lassen. Diese Kontrolle unterblieb jedoch.

Bundespräsident Heuss hat dem regierenden Bürgermeister von Berlin, Reuter, zu dem schweren Unglück auf der Spree ein Beileidstelegramm übersandt.

Deutscher Städtetag eröffnet

München (UP). Der amtierende Bürgermeister von Berlin, Reuter, eröffnete die diesjährige vierte Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München.. An der Eröffnung nahmen der ehemalige Reichskanzler Dr. Hans Luther, der bayerische Ministerpräsident Ehard sowie eine 24köpfige österreichische Delegation teil. Der Präsidialdirektor des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Ziebill, leitete die Arbeitstagung mit einem Referat über die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung ein.

Jeder trage des Anderen Last

Rückschau auf den Raiffeisentag 1951

An der Stirnseite der wunderbaren Glashalle der Stuttgarter Gartenschau, unmittelbar über den Köpfen der zahlreichen Tagungsredner, hing das überlebensgroße Bild von „Vater Raiffeisen". In seinem Namen und unter seinem, in der Überschrift zitierten Leitwort waren die 5000 Vertreter der über 23 000 westdeutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und dazu noch rund 100 aus den westeuropäischen Ländern zusammengekommen. Schwebte auch Raiffeisens Geist noch über ihnen?

Diese entscheidende Fragestellung könnte man den kurzen Begrüßungsworten eines prominenten Gastes dieser großen Tagung unterlegen. Die Feststellung erscheint uns wichtig, eben weil wir sie nur aus seinem Munde vernommen haben. Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, ist eine recht eigenwillige Persönlichkeit, deren kritische Reden nicht immer die volle Billigung der Angesprochenen finden. Er war es, der den Bogen eines vollen Jahrhunderts Geschichte der deutschen Raiffeisenbewegung ausmaß. Er ging aus von jenem jungen Raiffeisen, der aus seiner schwäbischen Heimat zu den armen Kleinbauern des Westerwalds zog und aus ihrer Not heraus mit ihnen gemeinsam seine Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe zu verwirklichen begann. Sein Grundgedanke war ein religiös-sittlicher und zunächst mitnichten etwa ein wirtschaftlich-organisatorischer. Deshalb standen bezeichnenderweise zunächst auch meist Pastoren in der Führung dieser „Gemeinden" praktischer Nächstenliebe.

In einem Jahrhundert ist seitdem aus jenem Samenkorn — zunächst in Deutschland und dann über die ganze Welt — über die Landwirtschaft hinaus auch in Gewerbe und Handwerk, ein mittelständlerisches Werk geworden, das in seiner Bedeutung und in seinen Auswirkungen kaum überschätzt werden kann. Aber — und das ist die wesentliche Frage — lebt auch der Geist Raiffeisens noch in seinem Werk? Oder sind die Genossenschaften inzwischen ein Kredit-, Lagerungs-, Verarbeitungs-, Bezugs- und Verteilungsapparat" geworden? War die Feststellung Dr Maiers, sie seien es nicht, vielleicht doch zugleich die besorgte Mahnung eines erfahrenen Staatsmannes und Wirtschaftskenners? Die Antwort auf diese Frage wird zugleich über die Zukunft der Genossenschaftsbewegung entscheiden. Was sie in aller Welt aufgebaut hat, ist bereits heute eine der großen wirtschaftsgeschichtlichen Leistungen des vergangenen Jahrhunderts. Die Zukunft aber kann ihr nur gehören, wenn es ihr gelingt, den Geist der „Gemeinde" zu erhalten und stärkstens wieder lebendig zu machen.

Das seelische Erlebnis dieses Stuttgarter Raiffeisentags war die Anwesenheit und Ansprache der großen Persönlichkeit des schweizerischen Altbauernführers und Ehrenpräsidenten des Europäischen Verbandes der Landwirtschaft, Prof. Dr. Ernst Laur. Der über 80jährige Nestor des Europäischen Landvolks, schon äußerlich eine ehrwürdige Figur wie die des greisen Attinghausen aus dem „Tell", ist selbst alter, erfahrener und überzeugter Genossenschaftler. Er würdigte zunächst das große Geschenk, das der Deutsche Friedrich Wilhelm Raiffeisen der ganzen Erde gemacht, und anschließend das Verdienst, welches Laurs akademischer Lehrer, der Deutsche Professor Krämer, sich um den Aufbau des Genossenschaftswesens in der Schweiz erworben habe. Unter größtem Beifall der ausländischen Teilnehmer forderte Laur, daß der Gedanke genossenschaftlicher Verbundenheit zur Grundlage des Zusammenschlusses in einer europäischen Agrar-Union gemacht werde. Sinn dieses Zusammenschlusses müsse, über alles Wirtschaftliche hinaus, die Erhaltung eines selbständigen, auf dem Grundsatz des dienenden Privateigentums ruhenden bäuerlichen Familienbetriebs im Gegensatz zur westlichen Großfarm wie zur östlichen Kolchose sein.

Wir haben an dieser Stelle bereits mehrfach den Gedanken vertreten, daß Prof. Laur trotz seines hohen Alters noch die Initiative ergreifen möge, den von ihm gegründeten Europäischen Verband der Landwirtschaft in den Mittelpunkt einer künftigen Agrar-Union zu stellen. Er hätte die Autorität und das Können dazu, hier rasch und durchgreifend zu einem Erfolg zu kommen, welcher für das künftige Werk die ihm allein gemäße Grund-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lage einer weitgehenden Selbstverwaltung sichert. Mit Regierungsbeschlüssen und „Hohen Behörden", ähnlich dem Schumanplan, wird das erforderliche Zusammenwachsen der Bauernschaften und der Märkte von unten her nicht erzielt werden können. Das ländliche Genossenschaftswesen in allen beteiligten Staaten wird sowieso bei jener Ordnung der Märkte eine tragende Rolle zu übernehmen haben. Dies geht schon rein statistisch daraus hervor, daß in allen westeuropäischen Ländern — wie früher übrigens auch in Polen, der Tschecho-Slowakei, Ungarn usw. — der überwiegende Anteil aller bäuerlichen Produkte über die Genossenschaften verwertet, ein ebenso großer Anteil aller Bezüge an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln über Genossenschaften abgewickelt wird.

Den sachlichen Höhepunkt des Raiffeisentages bildete die Stellungnahme des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Müller, zu den Gegenwartsfragen der Agrarpolitik und der Mitarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften an ihnen. In einem Privatissimum für den zu seinen Füßen sitzenden Bundesernährungsminister Dr. Niklas entwickelte Dr. Müller seine Thesen zu den nach seiner Auffassung entscheidenden drei Fragen: 1. möglichste Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, 2. stabile Markt- und Preisverhältnisse mit Preisen, welche die Landwirtschaft sozial und rentabilitätsmäßig sichern und eine weitere Landflucht verhindern helfen, 3. Anpassung der Importe ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse an den volkswirtschaftlich echten Bedarf. Als besonders aktuelle Fragen stellte Dr. Müller dabei die Erhöhung der Getreideeinfuhr zur Sicherung der Festpreise, ein Marktgesetz für Obst und Gemüse nebst Lenkung der Einfuhr nach Menge, Zeit und Preis, und die Verbesserung der Kreditmöglichkeiten für den Agrarsektor heraus.

Der Präsident des Raiffeisenverbandes, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, der zuvor bereits in einer Pressekonferenz die geplante Heranziehung der Raiffensengenossenschaften zur Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft scharf abgelehnt, und die Erhaltung der bisherigen steuerlichen Begünstigung für die Genossenschaften gefordert hatte, leitete den Kongreß der Fünftausend mit jener verbindlichen Autorität und Meisterschaft in der Geschäftsordnung, die man diesseits und jenseits unserer Grenzen an ihm besonders schätzt.

Dr. R.

Eisenbahner kündigen „Kampf" an

Bundesbahngesetz verabschiedet — Rentenzulage wird beschleunigt

Bonn (UP). Der Bundestag verabschiedete das Bundesbahngesetz in dritter Lesung. Die Mehrheit des Parlaments lehnte die Forderung der SPD ab, in dem Gesetz die gleiche paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer wie in den Grundstoffindustrien festzulegen. Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft und SPD-Abgeordnete Jahn kündigte den „Kampf der Arbeitnehmer um die Revision des Gesetzes" an.

Bundesverkehrsminister Seebohm erklärte hierzu, die Bundesregierung habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die in der Grundstoffindustrie getroffene Regelung des Mitbestimmungsrechts eine Sonderregelung sei und nicht auf andere Gebiete übertragen werden könne.

Bei der ersten Lesung des Rentenzulage-Gesetzes forderten alle Sprecher, das Gesetz, wonach die Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Rentenversicherung mit Wirkung vom 1. Juni um durchschnittlich 25 Prozent erhöht werden sollen, noch vor den Parlamentsferien zu verabschieden. Damit soll eine baldige Auszahlung der erhöhten Renten ermöglicht werden.

Nach dem Gesetz, das jedoch in dritter Lesung noch Änderungen erfahren kann, sind folgende Zulagen vorgesehen: 5 DM bei Renten bis zu 25 DM, 7.50 DM bei Renten von mehr als 25 bis zu 35 DM, 10.— DM bei mehr als 35 bis zu 45 DM, 12.50 bei mehr als 45 bis 55 DM, 15.— DM bei mehr als 55 bis zu 65 DM, 17.50 DM bei mehr als 65 bis zu 75 DM, 20.— DM bei mehr als 75 bis zu 85 DM und 22.50 DM bei Renten von mehr als 85 bis zu 95 DM monatlich.

Die Zulagen steigen um 2.50 DM monatlich für jede weitere der in Stufen von 10 DM monatlich fortschreitenden Rentengruppen. Bei der Bemessung der Zulagen ist von den Renten ohne Kinderzuschüsse auszugehen. Zu den Kinderzuschüssen wird eine Zulage von 5 DM monatlich für jedes zuschußberechtigte Kind gewährt.

In den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten werden die Zulagen nur insoweit gewährt, als sie denjenigen Teil der Zuschläge nach den Vorschriften des § 1 des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes vom 17. Juni 1949 übersteigen, der zur Auffüllung der Renten auf die in den bezeichneten Vorschriften genannten Mindestbeträge erforderlich ist.

Der Bundestag stimmte ferner der Forderung des Bundesfinanzministers auf 31,3 Prozent der Ländereinnahmen aus den Einkommen- und Körperschaftssteuern für den Bund im Rechnungsjahr 1951 zu. Der Bundesrat will nur etwa 25 Prozent bewilligen. Ein Vermittlungsvorschlag der SPD, sich auf 28 Prozent zu einigen, wurde unter Hinweis auf die prekäre Finanzlage des Bundes von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Das Gesetz über die Inanspruchnahme der Ländereinnahmen durch den Bund wurde vom Plenum in dritter Lesung angenommen.

FDP will Altmieten erhöhen

Die FDP will den beiden anderen Regierungsparteien im Bundestag vorschlagen, in einem gemeinsamen Antrag für eine Erhöhung der Altmieten einzutreten. Das Bundesministerium für den Wohnungsbau soll diese Initiative nach Mitteilung der FDP bereits begrüßt haben. Zuständig für eine Lockerung des Preisstops ist das Wirtschaftsministerium. Vor allem soll die unterschiedliche Behandlung der Mieten und Mieter gewerblicher Räume beseitigt werden. Diese richtet sich heute noch danach, ob das Gebäude vor oder nach dem 31. März 1924 erbaut wurde. Auch die übrigen Mieten in den Altbauhäusern sollen wenigstens teilweise an die Mieten in den zwischen den beiden Weltkriegen mit öffentlichen Förderungsmitteln erstellten Gebäuden angeglichen werden.

Bundesrat billigt Beamtengehälter

Der Bundesrat stimmte der Erhöhung der Gehälter für Beamte und Richter des Bundes um 20 Prozent zu. Die sechsprozentige Gehaltskürzung wird gleichzeitig aufgehoben. Die Zulage wird mit Wirkung vom 1. 4. 1951 gewährt. Planmäßige und außerplanmäßige Beamte mit einem Grundgehalt unter 230 DM sollen einen nach dem Gehalt gestaffelten Zuschlag erhalten. In einer Neuordnung des Versorgungsrechts wird endgültig entschieden werden, ob diese Zulagen ruhegehaltsfähig sind.

Bei dem vom Bundestag bereits gebilligten Änderungsgesetz des Gewerbesteuerrechts wird sich der Vermittlungsausschuß einschalten, da der Bundesrat den vom Bundestag beschlossenen Änderungen nicht zugestimmt hat. Der Bundesrat verlangt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage sowie die Berücksichtigung von Weihnachtszuwendungen bei der Lohnsumme.

Die Welt blickt nach Kaesong

Alles für Verhandlungen vorbereitet — Neuer chinesischer Aufmarsch

Tokio (UP). Die beiderseitigen Vorbereitungen für den Beginn der Vorverhandlungen über die Feuereinstellung in Korea sind abgeschlossen. Die letzten Vereinbarungen über die Fahrten der beiderseitigen Parlamentäre wurden durch einen Austausch von Funkbotschaften getroffen. Jede Seite verpflichtet sich, den Vertretern der anderen Partei sicheres Geleit nach Kaesong zu gewähren, wo am Sonntag die Verhandlungen im Rathaus beginnen werden.

Zahlreiche Pressevertreter sind in Seoul eingetroffen, um über die Verhandlungen zu berichten. Ihnen wurde mitgeteilt, daß sie sich in Richtung auf Kaesong nur bis zum Imjin Fluß begeben können und daß der Zutritt nach Kaesong verboten ist.

An der gesamten Front herrschte vollkommene Ruhe. Nur die Luftstreitkräfte setzten in beschränktem Umfang ihre Tätigkeit über Nordkorea fort. Feindliche Lager und Flugplätze sowie andere militärische Ziele wurden bombardiert.

Inzwischen haben die Flieger eine auffällige Tätigkeit in Nordkorea festgestellt. Wie in militärischen Kreisen verlautet, sollen nördlich des „Eisernen Dreiecks" Chorwon — Kumhwa — Pyongyang etwa 350 000 Mann chinesischer Truppen konzentriert sein, die Vorbereitungen für einen Angriff treffen. Sie sind in einer Entfernung von drei Tagemärschen von der Front stationiert. Die Kommunisten sollen die Absicht haben, zwischen dem 15. und 25. Juli eine neue Offensive zu beginnen, falls die Verhandlungen zu keinem Erfolg führen. In Kreisen der UN wird jedoch angenommen, daß bis Ende der nächsten Woche ein Waffenstillstandsübereinkommen in Kraft tritt.

Folgt Queuille ein Sozialist?

Paris (UP). Die Sozialistische Partei Frankreichs hat auf einem außerordentlichen Parteitag beschlossen, den Posten des Ministerpräsidenten für sich zu verlangen. Gleichzeitig ließ sie sich aber selbst die Möglichkeit offen, an einer Koalition der Mittelparteien unter einem anderen Ministerpräsidenten teilzunehmen. In der neuen Nationalversammlung sind die Sozialisten mit 104 von 627 Abgeordneten vertreten.

Iran beschuldigt Haager Gerichtshof

Militärparade in Abadan — Kommunistische Demonstration in Teheran

Teheran (UP). Vor 100 000 Zuschauern fand in der Ölstadt Abadan eine große Parade persischer Truppen statt, die mit amerikanischen Granatwerfern, Maschinengewehren, Haubitzen, Panzerwagen und leichten Tanks ausgerüstet waren.

Beobachter glauben, in der Parade, die offiziell zur Feier der Beendigung des Fastenmonats Ramadan stattfand, die Antwort Teherans auf den Entscheid des Haager Gerichtshofes zu erkennen.

Die Richter, die dafür gestimmt haben, Großbritannien zwischenzeitliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ölstreit zu gestatten, wurden von einem Mitglied der iranischen Ölkommission in den Haag beschuldigt, sie seien „nicht neutral gewesen und hätten sich vielleicht von politischen Erwägungen leiten lassen, oder unter britischem Einfluß gehandelt". Shayegan erklärte, der Beschluß des Gerichts sei null und nichtig. Iran werde fortfahren, die Verstaatlichung der Ölindustrie zu betreiben. Er spreche zwar nicht im Namen seiner Regierung, aber im Namen des iranischen Volkes Er werde seiner Regierung raten ihre Unterschrift unter das Abkommen zurückzuziehen, mit dem Iran im Jahre 1933 die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofs anerkannt habe.

Berichte aus Teheran, wonach die Regierung das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs nicht beachten will, haben in London beträchtliche Unruhe ausgelöst. Britische Regierungskreise fürchten, daß andere Länder des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem Ägypten, durch das iranische Beispiel ermutigt ihre Verträge mit Großbritannien aufkündigen und damit die Sicherheit des ganzen Westens untergraben könnten.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhang die Feststellung der „New York Times", daß der Entscheid des Internationalen Gerichtshofes im britisch-persischen Disput nur beratenden Charakter habe, da das Gericht über keinerlei Vollmachten verfüge.

USA kündigen Abkommen mit Oststaaten

UdSSR soll sofort 627 Schiffe zurückgeben

Washington (UP). Die USA gaben bekannt, daß sie ihre Handelsabkommen mit der Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien gekündigt haben. Das Abkommen mit der Sowjet-Union, das eine sechsmonatige Kündigungsfrist vorsieht, wird demgemäß am 23. Dezember außer Kraft treten, das mit Rumänien bereits innerhalb von 30 Tagen und das mit Bulgarien innerhalb von drei Monaten. Gleichzeitig hat die US-Regierung Ungarn und Polen aufgefordert, sich mit gewissen Abänderungen der mit ihnen abgeschlossenen Handelsabkommen einverstanden zu erklären, anderenfalls diese ebenfalls beendet werden.

Die US-Regierung hat die Sowjetunion zum dritten Mal aufgefordert, 627 Schiffe sofort zurückzugeben, die ihr unter dem Leih- und Pachtabkommen zur Verfügung gestellt wurden. Gleichzeitig wurde die UdSSR zum zweitenmal ersucht, sich in Zusammenhang mit der Bezahlung von weiteren unter dem Leih- und Pachtabkommen von den USA erhaltenen Gütern einem Schiedsspruch zu unterwerfen

US-Senatoren auf Europareise

Neun Mitglieder des Außenpolitischen Senatsausschusses sind nach Europa abgereist, um an Ort und Stelle den weiteren Bedarf Westeuropas an amerikanischer Unterstützung zu prüfen. Sobald diese Abordnung zurückgekehrt ist, will der Außenpolitische Ausschuß mit der Befragung von Sachverständigen über das neue Auslandshilfsprogramm der Regierung beginnen, das Ausgaben in Höhe von 8,5 Milliarden vorsieht. Die Senatoren besuchen Paris, London, Madrid, Athen, Ankara, Rom und den US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Bayern.

Interzonenhandels-Abkommen paraphiert

Zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone ist in Berlin ein neues Interzonenhandelsabkommen paraphiert worden. Das Abkommen regelt den Warenaustausch zwischen den beiden Währungsgebieten im Anschluß an das Frankfurter Abkommen von 1950, das nach seinem Ablauf durch Zwischenverträge und durch Vorgriffsvereinbarungen bis zum 2. Juli verlängert wurde. Es betrifft lediglich den Güteraustausch und nicht die Regelung des Warenverkehrs.

Wettervorhersage

Am Samstag und Sonntag heiter bis wolkig, trocken, Temperaturen am Samstag bis 25 Grad, am Sonntag vielfach über 25 Grad ansteigend. Schwache bis mäßige Winde aus Süd bis West.

AUS DEM SÜDWESTEN

Die Gemeinden beschweren sich

Über Nichtzulassung zum Landeswirtschaftsrat

Freiburg (lds). Der Verband badischer Gemeinden stellt fest, daß die Nichtzulassung der Gemeinden zum badischen Landeswirtschaftsrat großes Mißfallen ausgelöst habe. Der Verband hoffe, daß das badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit eine Änderung herbeiführe, da die Gemeinden die wichtigsten Träger sowohl der privaten wie auch der öffentlichen Interessen seien.

Wie der Verband der badischen Gemeinden mitteilt, ist augenblicklich in der Gewährung von Krediten des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes für die Finanzierung gemeindlicher Wasserversorgungsanlagen durch die Entwicklung der Kapital- und Geldmarktverhältnisse ein Rückschlag eingetreten. Es könne daher nicht in der beabsichtigten Weise durch Kreditgewährung geholfen werden. Dennoch habe sich der Sparkassen- und Giroverband bereit erklärt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auch weiterhin Kredite für Wasserversorgungszwecke an die Gemeinden zu gewähren. Die betreffenden Gemeinden müssen jedoch einen vollständigen Finanzierungsplan einreichen und außerdem den Nachweis erbringen, daß ein Staatszuschuß in Höhe von etwa 30 Prozent gewährt werde. Die Auszahlung des dann noch nötigen Kreditbedarfs erfolge erst, wenn die Gemeinden ihre eigenen Mittel und die Zuschüsse eingesetzt und verbraucht haben.

Entschädigung für beschlagnahmte Jagden

Freiburg (lds). Zwischen der zuständigen französischen Besatzungsdienststelle und dem badischen Landesjagdtamt wurde ein Abkommen getroffen, nach dem für das Jagdjahr 1951 50 Prozent der im Jahre 1939 erzielten Jagdpachten, mindestens aber 0,30 DM je ha, sowie 0,20 DM je ha Vergütung an die Wildschadensausgleichskasse von den französischen Jagdpächtern bezahlt werden. Für das Jagdjahr 1952/53 erhöht sich die Pachtvergütung auf 75 Prozent und für 1953/54 auf 100 Prozent der Jagdpacht von 1939.

Ein sauberes Pärchen muß ins Kittchen

Ravensburg (lds). Das Schöffengericht Ravensburg verurteilte einen 21jährigen Ankerwickler aus Tübingen und seine aus Urach stammende gleichaltrige Braut wegen gemeinsam begangener schwerer Diebstähle zu Gefängnisstrafen von 2 Jahren, 3 Monaten bezw. 1 Jahr. Die beiden hatten sich, durch Einbrüche in die Schalterräume kleiner Bahnhöfe „finanziert". Bei insgesamt 25 nachgewiesenen Einbrüchen fielen ihnen Beträge zwischen 300 DM und 10 Pfennig in die Hände. Anfang Juni wurde das Pärchen nach einem Einbruch in der Bahnhofskasse in Meckenbeuren. bei dem ihm 3.90 DM in die Hände gefallen waren, ertappt und festgenommen. Zwischendurch hatten sich die beiden in ein Wochenendhaus in der Umgebung von Friedrichshafen eingenistet und von dort aus mehrere Schaufenstereinbrüche in Lebensmittelgeschäfte unternommen.

Jeder im Segelflugzeug über Ludwigshafen

Ludwigshafen (ld). Der französische Aeroclub Neustadt an der Weinstraße wird bei günstigem Wetter am Wochenende im Rahmen des Ludwigshafener Parkfestes Schau- und Gastflüge mit Segelflugzeugen veranstalten. Für 5 DM kann sich jeder im Rücksitz eines doppelsitzigen Segelflugzeuges vom Typ „Kranich" über den Häusern der Stadt Ludwigshafen lautlos durch die Lüfte schaukeln lassen. Der französische Aeroclub veranstaltet die Flüge in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverbandes, die außerdem einige Schulgleiter ausstellen werden, die seit der Aufhebung des Flugverbotes gebaut worden sind.

Das Verkehrsgewerbe protestiert

Gegen neue Treibstoffpreis-Erhöhung

Kaiserslautern (ld). Der Verband des pfälzischen Verkehrsgewerbes in Kaiserslautern bezeichnete die Preiserhöhung für Benzin und Dieselkraftstoff als Todesurteil für das gesamte Transportgewerbe. Das Verkehrsgewerbe werde gegen diese Vorlage sich energisch zur Wehr setzen. In einer Stellungnahme des Verbandes wird darauf hingewiesen, daß nun auch alle Hoffnungen des Verkehrsgewerbes zerschlagen seien, die allgemeinen Belastungen wie Anschaffungen, Reparaturen, Erhöhung der Unkosten und Löhne durch Anträge auf Erhöhung der Frachtkosten aufzufangen. Nach Ansicht des Verkehrsverbandes werde sich die Treibstoff-Erhöhung nicht nur auf den Straßenverkehr auswirken, infolge der Schlüsselstellung des Transportgewerbes würden vielmehr die gesamte Wirtschaft sowie alle Preise und Löhne und damit die innerpolitische Lage durch die neue Maßnahme beeinflußt.

Die Hamburger Mineralölwirtschaft teilte mit, daß die Preise für Benzin mit sofortiger Wirkung um 5 Dpf. pro Liter und für Dieselkraftstoff um 6 Dpf. pro Kilogramm heraufgesetzt werden. Die Zuschläge treten zu den Zonenpreisen hinzu. Für Petroleum beträgt die Erhöhung 9 Dpf. pro Liter Die Erhöhung der Preise wird mit dem Fortfall der bisherigen Zollpräferenzen für Importrohöl begründet.

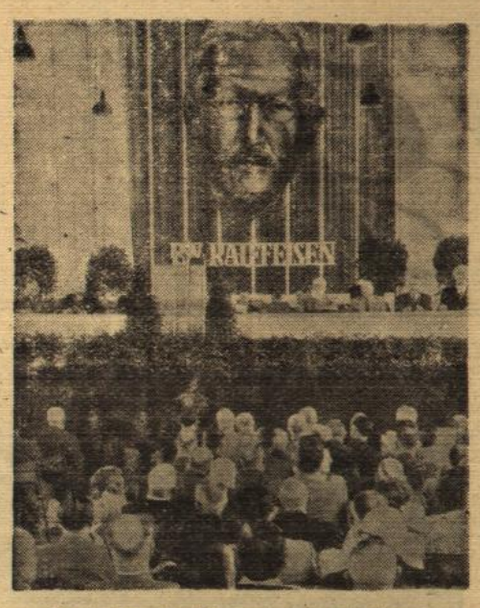
Rheinland-Pfalz gegen Weltjugendfestspiele

Mainz (ldn). Das Innenministerium von Rheinland-Pfalz will in den nächsten Tagen die Vorbereitungen zu und die Teilnahme an dem kommunistischen Weltjugendtreffen in Berlin verbieten. Ministerialdirigent Dr. Krauthausen erklärte, nach den Ermittlungen des Innenministeriums sei die FDJ in Rheinland-Pfalz bereits in Tarnorganisationen untergetaucht. Einzelne dieser Gruppen seien dem Innenministerium bereits bekannt. Außerdem seien laufend Spuren der illegalen Tätigkeit der FDJ feststellbar. Dr. Krauthausen erklärte abschließend, daß mit der bis 15. Juli erwarteten Verabschiedung der ergänzenden Strafrechtsnovelle durch den Bundestag, den Ländern Gelegenheit gegeben werde, gegen die Tarnorganisationen tatkräftiger vorzugehen als bisher.

Schmuggler-Bande unschädlich gemacht

Trier (ldn). Die Große Trierer Strafkammer verurteilte in Bitburg einen als Großschmuggler bekannten 30jährigen Kraftfahrer aus Wallendorf (Kreis Bitburg) wegen fortgesetzten Devisenvergehens in Tateinheit mit fortgesetztem verbotenen Grenzübertritt, wegen Vorteilsbeihilfe zum Ausfuhrbannbruch, Steuerhehlerei sowie teils bandenmäßigem und teils einfachem Einfuhrbannbruch zu 13 Monaten Gefängnis, 2850 DM Geld- und 6830 DM Wertersatzstrafe. Vier Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 3 Monaten und entsprechende Geld- und Wertersatzstrafen. Eingezogen wurden 856 kg Kaffee, anderes Schmuggelgut, ein Lastkraftwagen, 2 Schlauchboote und 7 Gummiblasen. Mit diesem Verfahren ist erneut eine Schmugglerbande unschädlich gemacht worden. Nach der Anklageschrift haben die Verurteilten 2500 kg Kaffee illegal eingeführt. Bei ursprünglich 11 Angeklagten wurde im Laufe der Verhandlung das Verfahren gegen 5 „kleine Helfer" eingestellt, während ein anderer sich verpflichten mußte, 5000 DM Buße zu zahlen und daraufhin ebenfalls entlassen wurde. Das Gericht konnte der Bande nur den Schmuggel von 24 Zentner Kaffee nachweisen. Eine große Rolle spielte in dem Prozeß der allerdings nicht anwesende sogenannte „Schmugglerkönig", der vor allem im Bitburger Grenzstreifen bekannt ist, aber unauffindbar im Hintergrund bleibt. Er soll luxemburgischer Staatsangehöriger sein und den Schmuggel aus dem Dunkel lenken.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Deutscher Raiffeisentag in Stuttgart

Zum Deutschen Raiffeisentag, der in Stuttgart stattfand, waren Abordnungen der landwirtschaftlichen Verbände aller deutschen Länder sowie zahlreiche Vertreter aus 10 europäischen Staaten erschienen. Unser Bild zeigt einen Blick auf die Bühne mit dem Präsidium des deutschen Raiffeisenverbandes e. V.

Kapitulation 6 Jahre nach Kriegsende

Tokio (UP). 20 japanische Soldaten, die nicht an die Niederlage Japans glaubten und auf einer Insel im Pazifik sechs Jahre lang auf eigene Faust weiter Krieg gegen die Amerikaner führten, kehrten in ihre Heimat zurück. Fassungslos starrten sie auf die Spuren der Luftangriffe, auf die Fahrzeuge, Straßenschilder und Einrichtungen der US-Besatzungstruppen und das freundliche Nebeneinander von Besiegten und Eroberern.

Erst vor zehn Tagen hatten diese letzten japanischen Kämpfer sich ergeben, nachdem sie sich endlich hatten überzeugen lassen, daß der Krieg vorüber ist. Sie wurden von ihrer unwirtlichen Insel abgeholt und in einer Kaserne auf Guam untergebracht, wo die US-Marinetruppen sie als Gäste empfingen und großartig bewirteten.

Anthony Eden, der stellvertretende britische Oppositionsführer, wird sich im nächsten Monat auf eine Besuchsreise nach den USA und Kanada begeben.

Jakob Malik, der Sowjetdelegierte bei den UN ist mit seiner Familie an Bord des schwedischen Schiffes „Gripsholm" nach Göteborg abgereist. Er begibt sich zu einem längeren Urlaub nach der Sowjetunion.

Belgische und niederländische Truppen werden im Sommer eine gemeinsame Ausbildung erhalten. In Belgien soll eine gemeinsame Flakartillerie-Schule eröffnet werden.

Das dreitausendjährige Kaesong

Nationales Heiligtum Koreas — Vorsicht mit General Peng

Kaesong, das jetzt als Ort der Waffenstillstandsverhandlungen in aller Mund ist, war eine der ersten unter den größeren Städten Südkoreas, die an jenem Juni-Morgen vor einem Jahr von den Nordkoreanern erobert wurde. Seither hat die Stadt nur einmal den Besitzer gewechselt und ist eine unheimliche Niemandsstadt geblieben. Denn ihre Lage ist ohne strategische Bedeutung, und es ist nur eine einziges Mal direkt um die Stadt gekämpft worden. Die nordkoreanischen Verbände haben Kaesong den ganzen Krieg über behaupten können, obgleich amerikanische Patrouillen Nacht für Nacht in die Stadt eindrangen. Die Teilnehmer der Stoßtrupps, die in der Stadt selbst waren, berichten, daß Kaesong viel weniger beschädigt ist, als man eigentlich erwartet hatte. Die Stellungen der Nordkoreaner verlaufen 4 km von der Stadt entfernt, entlang des 38. Breitengrades. Es ist nicht anzunehmen, daß das mit Rücksicht auf Kaesong geschah, sondern es waren wohl praktische Gründe dafür ausschlaggebend. Auch die amerikanische Luftwaffe hat die Stadt geschont, und sie lag in den dunklen Nächten wie eine Dornröschenstadt in tiefem Schlaf, nur erhellt von den gewaltigen Explosionen an der nahen Front und dem Schein der Leuchtraketen, wenn die Flugzeuge dröhnend ihre Angriffe flogen.

Kaesong ist eine der reichsten Städte Koreas. Die Altstadt, von einer machtvollen Steinmauer umgeben, ist schön und malerisch. Große Teile der Stadtmauer lagen schon in Ruinen, als der Korea-Krieg begann, aber die alten Stadttore erzählen von der Größe und der Kultur der Vergangenheit. Im Gegensatz zur Altstadt ist der neue Teil Kaesongs, der außerhalb der alten Stadtmauer liegt, aus Holz gebaut, und hier sind die Zerstörungen sehr schwer. Südkoreanische Partisanen haben hier zahllose Störangriffe geführt und einige gespenstisch in den Himmel ragende verkohlte Balken sind alles, was von den Holzhäusern übrig blieb.

Man schätzt das Alter Kaesongs auf dreitausend Jahre, und ebenso lange war es Koreas Hauptstadt (bis die Japaner, als Korea 1910 eine japanische Provinz wurde, Seoul zur Hauptstadt machten). Deshalb wird Kaesong als ein nationales Heiligtum betrachtet, als der traditionsreichste Ort des ganzen Landes. Das ist wohl auch der Grund, warum die Nordkoreaner diese Stadt als Schauplatz der Waffenstillstandsverhandlungen vorschlugen.

Nun ist Kaesong über Nacht Gegenstand des Interesses der ganzen Welt geworden. Hier werden die Abgesandten der kämpfenden Parteien die Verhandlungen über den Waffenstillstand beginnen. Das Verhandeln wird den Amerikanern bestimmt nicht leicht werden. General Peng, der im Namen der chinesischen „Freiwilligen"-Verbände die Verhandlungen leiten soll, ist ein guter Kenner der Amerikaner und der amerikanischen Mentalität. Es ist nicht das erste Mal, daß er sich mit Vertretern der westlichen Welt an einen Verhandlungstisch setzt. Als General Marshall einst versuchte, eine Einigung zwischen Tschiang Kai Schek und dem roten Mao herbeizuführen, wurde Mao von General Peng vertreten. Amerikanische Journalisten, die damals dabei waren, beschrieben ihn als einen zähen und tüchtigen Unterhändler, der die ganze Skala der asiatischen Verhandlungstaktik beherrscht.

Es erscheint in diesem Zusammenhang auch bedeutsam, daß gerade Kaesong der Schauplatz der Besprechungen sein wird. Denn schon bei den Verhandlungen mit Dschingis Khan erwiesen sich die Bewohner dieser Stadt als äußerst geschickte Verhandlungspartner. Und den Ruf als zähe Unterhändler und ausgesprochen gerissene Geschäftsleute haben sie sich durch die Jahrhunderte hindurch bewahrt.

Martin Boor.

Die Durchführung des FDJ-Verbots

Auch jede Förderung der aufgelösten Vereinigung strafbar

Stuttgart (lwb). Das württemberg-badische Innenministerium hat den Polizeidienststellen des Landes nähere Anweisungen zur Durchführung des am Donnerstag verfügten Verbots der FDJ erteilt. Die Polizeidienststellen sind angewiesen worden, die Heime der FDJ zu schließen. Das Vermögen der Organisation kann auf Grund der Statuten liquidiert werden. Beschlagnahmungen werden erst verfügt, wenn ein Verstoß gegen das Verbot vorliegen sollte.

Die Öffentlichkeit wird vom Innenministerium darauf hingewiesen, daß jede Betätigung für die FDJ sowie jede Förderung und Unterstützung der Ziele dieser aufgelösten Vereinigung untersagt ist. Zuwiderhandelnde setzen sich strafrechtlicher Verfolgung aus. Fahrzeughalter und Omnibusunternehmer, die der FDJ ihre Fahrzeuge zur Verfügung stellen, müssen mit deren Beschlagnahme rechnen. Das Innenministerium weist besonders darauf hin, daß einer etwaigen Anfechtungsklage gegen das Verbot der FDJ auf Grund des Verwaltungsgerichtsgesetzes die aufschiebende Wirkung im öffentlichen Interesse versagt werde.

Apotheker-Gesetzentwurf gebilligt

Stuttgart (lwb). Der Wirtschaftsausschuß des württemberg-badischen Landtags stimmte dem Gesetzentwurf des Innenministeriums über die Zulassung neuer Apotheken zu. Nach dem Entwurf sollen neue Apotheken künftig nur in dem Umfang zugelassen werden, wie es für die reibungslose Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten notwendig ist. Die Genehmigung einer neuen Apotheke soll durch das Innenministerium erfolgen.

Landjugend zeigt ihr Können

Am 7. und 8. Juli auf dem Hörnle

Stuttgart (ZSH). Der Bund der Landjugend im Bauernverband Württemberg-Baden veranstaltet am 7./8. Juli auf dem Hörnle bei Kirchheim/Teck sein erstes Nachkriegstreffen, an welchem auch Gäste aus der Landjugend anderer Länder teilnehmen werden. Im Mittelpunkt der Treffen stehen fachliche und sportliche Wettkämpfe der einzelnen Kreisgruppen sowie eine Ausstellung mit einer Darstellung der Landjugendarbeit. Eine Feierstunde mit chorischem Spiel und Gesang am brennenden Holzstoß schließt den ersten Tag ab. Am Sonntag findet eine Kundgebung mit Ansprachen der Landesobmänner der Landjugend von Württemberg-Baden und Südbaden statt.

Landesamt für Verfassungsschutz arbeitet

Stuttgart (lds). Das Landesamt für Verfassungsschutz in Württemberg-Baden hat vor kurzem seine Tätigkeit in Stuttgart aufgenommen. Die Geschäfte werden vorläufig vom stellvertretenden Leiter Dr. Nebinger geführt. Dem Landesamt haben alle Behörden und Dienststellen des Landes auf Anforderung Auskünfte und Unterlagen zu übermitteln. Darüber hinaus sind dem Landesamt unaufgefordert alle Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Umtriebe bekanntzugeben.

Ostdeutsche Landsmannschaften tagen

Stuttgart (lwb). Mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Die Einheit des deutschen Geistes" tritt die Arbeitsgemeinschaft Württemberg-Baden der Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften am Samstag in Stuttgart zum erstenmal vor die Öffentlichkeit. Auf der Veranstaltung sprechen unter anderem Dr. Schreiber vom Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen, der Vorsitzende der deutschen Sektion des Penklubs, Professor Dr. H. Friedmann und Ministerialdirektor Dr. Franz vom württemberg-badischen Kultministerium. Die Veranstaltung findet um 19.30 Uhr im Lindenmuseum am Hegelplatz statt.

Mörder und Ermordeter zugleich

Doppelrollen im Film — Darsteller erschießt sein Ebenbild

Kein Filmtrick vermag so viel ernste und heitere Zwischenfälle heraufzubeschwören und so überraschende Verwicklungen und filmische Möglichkeiten zu schaffen wie der des Doppelgängers. Die Darstellung von Doppelrollen — die Verwendung eines Doubles beschränkt sich meist auf wenige Episoden — stellt die Schauspielerin oder den Schauspieler vor eine der interessantesten aber auch schwierigsten Aufgaben der Filmtätigkeit.

Es ist nicht der Film, der den dramatischen Trick des Doppelgängertums erfunden hat, denn die Schriftsteller leben schon lange davon; greift man ganz weit zurück, so kommt man zu dem Werk Homers, das reich an Spannung und Dramatik ist wie kein zweites; schon bei ihm spielten die Götter Doppelrollen. Bereits damals also freute sich der Leser über die verblüffende Tatsache, den Gott, den Schurken, oder den Helden in doppelter Ausfertigung zu bekommen. Erst der Film jedoch — in geringerem Maße auch die Bühne — konnte alle Möglichkeiten komischer und tragischer Verwechslungen ausschöpfen und aus einer vorhandenen Spannung Tränen oder Lachen ganz nach Wunsch extrahieren.

Natürlich ist es nicht immer einfach für einen Schauspieler, zwei gegensätzliche Rollen zu spielen und dazu die entsprechenden Dialoge, eventuell sogar mit verschiedener Stimme, zu beherrschen. Die Hauptarbeit jedoch haben die Filmtechniker, denen es obliegt, durch Schneiden und Überblenden und andere komplizierte Vorgänge einen Film zu schaffen, in dem nicht einmal der eine und dann der andere Zwilling auftritt, sondern in dem sich die Doppelgänger ohrfeigen, die Hand schütteln oder einander zuprosten.

Dem Film wird so vieles verziehen, daß man ihm auch eine biologische Unmöglichkeit nicht weiter übelnimmt. Es ist nämlich nachgeprüft und statistisch belegt, daß einige Zwillinge nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich Doubles sind; während im Film der Träger oder die Trägerin der Doppelrolle meist ein Ideal und einen Lumpen, einen Melancholiker und einen Sanguiniker verkörpern, ist dies in Wirklichkeit unmöglich, denn eineiige Zwillinge verschmähen z. B. beide Schlagrahm, haben für gesprenkelte Krawatten und Geschichtsunterricht nichts übrig, ergreifen ähnliche Berufe und verlieren im gleichen Jahr die Haare.

Aber was darf das schon den Filmbesucher kümmern! Auch der eingefleischte Filmkritiker und Verächter der Leinwandkost ist begeistert, wenn Willy Fritsch-Amphytrion, sich mit Fritsch-Zeus um Alkmene streitet, und Paul Kemp-Josias von Kemp-Merkur verulkt und schlecht behandelt wird. Und wie spitzt sich doch die Lage zu, wenn Trenk der Pandur, mit seinem Vetter Albers die Klinge kreuzt und Marika Rökk als Mara sich selbst als Kora erschießt!

Die Zahl der ernsten und heiteren Filme mit Doppelrollen ist Legion; jeder davon war oder ist ein Kassenschlager. In „Wirbel um Antonio", einem deutschen Nachkriegsfilm, verkörpert der unverwüstliche Hans Richter einen diebischen Gemischtwarenhändler und einen weltgewandten Musikclown; in „Zyankali", einem österreichischen Nachkriegsfilm, ist Siegfried Breuer ein ehrgeiziger Forscher und gleichzeitig ein versoffener Studienfreund. Einer der bedeutendsten französischen Filme ist Jean Cocteaus „Ruy Blas" („Der Geliebte der Königin"), in dem Jean Marais zwei Gestalten der Phantasie Viktor Hugos darstellt, den Studenten Ruy Blas und den ehrgeizigen Don César. Die Amerikaner schufen ebenfalls einige Filme, die dank der ausgezeichneten Besetzung in der Doppelrolle über das Hollywood-Klischee hinausragen, so „Die große Lüge", in der Bette Davis Zwillingsschwestern zu spielen hat, die leichtsinnige Patrica und die ernste Kate, ferner „Blutrache", in dem zwei korsische Zwillingsbrüder — von Douglas Fairbanks jr. verkörpert — mit allem Schwung auf der Leinwand erscheinen.

Es ist kein Fehler, wenn der Zuschauer beim Betrachten der beliebten Doppelrollenfilme die nüchterne Sachlichkeit beiseite läßt und sich ganz den prickelnden Szenen hingibt, die eben nur in einem solchen Film entstehen können. Der anspruchsvolle Filmbesucher aber oft besser sind als andere.

P. Stähle

AUS DEM WIRTSCHAFTSLEBEN

Um die Belange der Wasserwirtschaft

Bund, Länder und Gemeinden mögen in ihren Haushalten für die Belange der Wasserwirtschaft Mittel bereitstellen, die der für das Leben unseres Volkes ausschlaggebenden Bedeutung dieses Teils der Wirtschaft entsprechen. Dies ist der wesentliche Inhalt einer Entschließung, die auf einer gemeinsamen Tagung des Südwestdeutschen Wasserwirtschaftsverbandes und des Südwestdeutschen Kanalvereins für Rhein, Donau und Neckar Landesgruppe Baden, in Baden-Baden gefaßt wurde.

Die Aufteilung der wasserwirtschaftlichen Aufgaben auf vier Bundesministerien sei nicht zweckmäßig, erklärte der Vorsitzende des Südwestdeutschen Wasserwirtschaftsverbandes, Regierungsbaumeister Dorer, Vorstandsmitglied der Schluchsee-Werk AG., Freiburg. Es sei vielmehr erwünscht, daß die Angelegenheiten der Wasserwirtschaft, solange sie nicht wie in anderen Ländern bei einem technischen Ressort, etwa einem Ministerium für öffentliche Arbeiten, zusammengefaßt seien, vom Bundesinnenministerium wahrgenommen würden.

Der Südwestdeutsche Kanalverein, Landesgruppe Baden, tritt, wie der Leiter der Wasserwirtschaftsverwalaung im Landesbezirk Baden von Württemberg-Baden, Oberregierungs- und Baurat W. Koch, Karlsruhe, ausführte, u. a. dafür ein, daß der Rhein in allen seinen Teilen der deutschen Binnenschiffahrt zugänglich gemacht wird. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang die zum 15. September zu erwartende Freigabe des Kehler Hafens für die deutsche Schiffahrt. Der Südwestdeutsche Kanalverein setze sich auch für den Ausbau des Hochrheins als Wasserstraße und zur Wasserkraftgewinnung ein.

Beschäftigtenzahl auf neuem Höchststand

Im Bundesgebiet hat die Zahl der Beschäftigten Ende Juni dieses Jahres mit rund 14 719 900 Arbeitern, Angestellten und Beamten einen neuen Nachkriegs-Höchststand erreicht, wie der Bundesarbeitsminister mitteilte. Die Erhöhung war im zweiten Vierteljahr 1951 in allen Ländern zu registrieren. Die absolut größte Zunahme verzeichnete man in Nordrhein-Westfalen mit 148 000 Arbeitnehmern.

Verbandstag des Küfer- und Küblerhandwerks

Das württemberg-badische Küfer- und Küblerhandwerk traf sich zum 3. Verbandstag in Reutlingen. In einer aus diesem Anlaß durchgeführten Fachausstellung sah man neben einem Weinbrunnen mehr als 50 Fässer der Küferinnung, wirkliche Meisterwerke dieses Handwerkszweigs. Interessant war auch die Schau der Kellereimaschinen und des fachlichen Handwerkszeuges. Im Bundesgebiet gibt es 6685 Betriebe des Fach- und Weinküferhandwerks.

Arbeitsgemeinschaft der Produktenbörsen?

Vertreter verschiedener deutscher Produktenbörsen erörterten in Bingen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Obwohl grundsätzlich zugestimmt wurde, beschlossen die Tagungsteilnehmer, zunächst noch die Stellungnahmen der in Bingen nicht vertretenen Börsen einzuholen.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Produktenbörsen soll bestimmte Aufgaben ihrer Mitglieder gemeinsam wahrnehmen und zentral regeln, ohne daß dadurch die wirtschaftspolitische Unabhängigkeit der einzelnen Produktenbörsen aufgegeben wird.

Es ist geplant, auf einer neuen Tagung im Herbst die Arbeitsgemeinschaft endgültig ins Leben zu rufen.

Sport-Rundschau

Savitt Sieger von Wimbledon

Dick Savitt (USA) gewann in Wimbledon die All-England-Tennismeisterschaft im Herreneinzel. Im Endspiel gegen den Australier Ken McGregor siegte er mit 6:4, 6:4, 6:4. Es war das schnellste Finale, das man je in Wimbledon gesehen hatte. Der 24jährige Student aus Orange in New Yersey lieferte ein ausgezeichnetes Spiel und nahm seinem australischen Gegner jede Chance zum Sieg.

Weltrekordler Ferri startet in Ingolstadt

Der italienische Weltrekordfahrer Romolo Ferri wird am Sonntag im Motorrad-Rennen in Ingolstadt, das als Lauf um die deutsche Motorrad-Meisterschaft gewertet wird, an den Start gehen. Der Weltrekordler startet auf einer NSU-Lambretta in der 125-ccm-Klasse. Ferri stellte kürzlich auf einer stromlinienverkleideten Lambretta den Weltrekord mit der Klasse bis 125 ccm mit 190,4 Stundenkilometer auf.

Porsche-Team siegte bei der Sternfahrt

Die internationale Sternfahrt nach Baden-Baden, die das 14. Internationale Automobilturnier eröffnete, gestaltete sich zu einem überlegenen Erfolg des Porsche-Teams. Die beiden Wagen, die von den Rally-Fahrern Graf Orssich / R. von Frankenberg bezw. Graf von Berckheim / Prinz zu Leiningen gesteuert wurden, „pendelten" auf der Autobahn zwischen Stuttgart und München und teilten sich mit je 3220 km in den ersten Preis. Ihr Mittel beträgt 112 Stdkm. Während der Nachtfahrt legten die Wagen einmal die Strecke Stuttgart—München in 2:56 Stunden zurück, was einem Schnitt von 136 Stdkm. gleichkommt. Auch auf dem zweiten Platz landete ein Porschewagen. Er wurde von O. Katzenmaier über 2 905 km auf der Autobahn Frankfurt—Karlsruhe gesteuert. Die Teilnehmer des Wettbewerbs trafen programmgemäß in Baden-Baden

ADAC löst sich vom OMK

Der Deutsche Motorsport-Verband ist Vertragspartner des ADAC hinsichtlich der Vereinbarung über die „Oberste Motorsport-Kommission" (OMK). Die bisherige Zusammenarbeit in der OMK hat bewiesen, daß das OMK-Statut grundsätzliche Mängel aufweist, die sich zwangsläufig in ständig steigendem Maße zum Schaden des gesamtdeutschen Motorsportes auswirken mußten. Da der ADAC keine andere Möglichkeit sah, den derzeitigen unbefriedigenden Status zu ändern, kündigte er das OMK-Statut sowie alle sonstigen Vereinbarungen bezüglich Gründung und Fortbestand der OMK zum 31. Dezember 1951. Im Interesse einer geordneten Durchführung des Motorradsportes auf nationaler und internationaler Grundlage hofft der ADAC, mit dem DMV schon im Laufe der nächsten Monate eine neue Vereinbarung treffen zu können, die der international anerkannten Bedeutung des ADAC, vor allem als Mitbegründer des internationalen Motorradsportverbandes (FIM), Rechnung trägt.

Kurze Sportnachrichten

Die dritte Etappe der „Tour de France" von Gent (Belgien) nach Le Treport (Frankreich) wurde von dem der westfranzösischen Mannschaft angehörenden Georges Meunier gewonnen.

Der VfB Stuttgart wird bereits am 4. August im Stuttgarter Neckarstadion gegen Preußen Münster antreten. Außerdem verhandeln die Stuttgarter mit dem 1. FC Kaiserslautern, um zum Abschluß eines Freundschaftsspieles zu kommen. Als Austragungsort sind Stuttgart, Ludwigshafen und Kaiserslautern vorgesehen.

Die skandinavische Luftverkehrsgesellschaft SAS hat dem deutschen Weltrekordflieger Ernst Jachtmann mitgeteilt, daß sie ihm 10 000 DM für den Bau eines zweisitzigen Segelflugzeuges zur Verfügung stellt. Die SAS möchte Jachtmann helfen, seinen Plan eines neuen Weltrekordes zusammen mit dem Franzosen Guy Marchand zu verwirklichen.

Carracciola fährt augenblicklich „auf Versuch" den neuen Mercedes-Benz-Rennwagen, den man nach seiner Meinung so hinbekommen wird, daß sich das Werk mit ihm im nächsten Jahr an rennsportliche Aufgaben heranwagen kann. Vielleicht — so lächelte er verschmitzt — kann ich noch einmal zeigen, daß ich zwar älter, aber noch nicht alt geworden bin

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg